

Donnerstag, 29. April 2021, Miesbacher Merkur / Bayern & Region

# Mehr Geld für kleine Bauernhöfe

**INTERVIEW - Rüdiger Obermaier fordert ein anderes Fördersystem für Landwirte**



Rüdiger Obermaier, Bündnis Zivilcourage Miesbach. FOTO: TP

Rüdiger Obermaier, 66, hat bis zu seiner Pensionierung vor drei Jahren als Sachgebietsleiter an den Landwirtschaftsämtern in Miesbach und Holzkirchen gearbeitet. Nun engagiert er sich im Bündnis Zivilcourage für eine gerechte Agrarpolitik. Er sagt, das Fördersystem muss sich ändern, um das Höfesterben zu stoppen.

Herr Obermaier, woran liegt es, dass in Bayern immer mehr Bauernhöfe aufgegeben werden?

Ein Hauptgrund ist das ungerechte Fördersystem. Für viele kleinere Betriebe rentiert sich die eigene Arbeit kaum mehr, die durch aufernde Auflagen zusätzlich erschwert wird. Wenn in anderen Berufen mit deutlich weniger Aufwand viel mehr verdient werden kann, wird es immer schwieriger, einen Hofnachfolger zu finden. In der Miesbacher Region bestreiten etwa nur noch die Hälfte aller Bauern ihren Lebensunterhalt primär aus der Landwirtschaft, die anderen halten den Hof im Zu- oder Nebenerwerb am Leben. Und auch das werden immer weniger.

Was läuft bei der Förderung falsch aus Ihrer Sicht?

Die Agrarzahungen werden immer noch hauptsächlich nach Fläche ausgeschüttet. Wer viel hat, kriegt auch viel. Das benachteiligt kleine Betriebe.

Mit der derzeitigen Reform der EU-Agrarpolitik soll mehr Geld für kleinere Betriebe und für Umweltmaßnahmen bereitgestellt werden.

Das reicht aber nicht aus. Die sogenannte Förderung der ersten Hektare, die jetzt etwas angehoben wird, bekommen die Großbetriebe ja genauso. Damit sich wirklich etwas bewegt, müssten die Direktzahlungen ab einer bestimmten Größenordnung schrittweise verringert oder ganz gekappt werden. Und zudem noch stärker an ökologische Leistungen für die Gesellschaft wie zum Beispiel flächengebundene Tierhaltung und Landschaftspflege geknüpft werden. Denn da kann ein kleiner Betrieb häufig mehr leisten als ein Großbetrieb mit riesigen Feldschlägen.

Viele Bauern sagen: Die Direktzahlungen wurden eingeführt, um unsere hohen Produktionsstandards auf dem Weltmarkt auszugleichen. Wenn uns diese Zahlungen nun genommen oder an diverse Bedingungen geknüpft werden, dann können wir erst recht zusperrern.

Ich kann das verstehen. Aber das ungebremste Höfesterben zeigt uns doch, das wir so nicht weitermachen können. Ich schätze, dass in den nächsten 10 bis 15 Jahren in unserer Region noch mal ein Drittel der Betriebe aufgeben wird. Vielen ist nicht klar, was damit alles verloren geht – von der bäuerlichen Kultur über den dörflichen Zusammenhalt bis zur Landschaftspflege und vielen naturschutzfachlich wertvollen Flächen. Ein anderes Fördersystem könnte diese Entwicklung eindämmen. Es muss dann aber auch erlaubt sein, zu

hinterfragen, ob etwa ein kleiner Weidebetrieb wirklich einen neuen Laufstall bauen oder teure Technik zur Gülleausbringung anschaffen muss, wenn er Landwirt bleiben möchte. Hier sind Kompromisse gefragt.

Sie haben Ihre Reformwünsche in einem Brief an die EU-Kommission und an Bundesagrarministerin Julia Klöckner zusammengefasst. Kam eine Antwort?

Bis jetzt noch nicht. Dafür kam aus dem bayerischen Landwirtschaftsministerium eine Antwort und wir hatten auch schon eine gemeinsame Videokonferenz. Mein Eindruck ist: Die Politik kennt die Probleme, aber es fehlt anscheinend der Mut, die notwendigen Reformen anzugehen, da sie einflussreiche Kritiker auf den Plan rufen würden.

Interview: Dominik Göttler